

Kleines Glossar

zum Thema Arbeit und Wirtschaft

Neoliberalismus

Volkswirtschaftliche Theorie, die auf liberalen Gesellschaftsmodellen basiert. Nach ihr sollte ein Eingreifen des Staates in die Volkswirtschaft weitestgehend vermieden werden, um die „Selbstheilungskräfte des Marktes“ nicht zu beeinträchtigen. Wenn der Staat in das Wirtschaftsgeschehen eingreift, dann lediglich, um die Rahmenbedingungen des Wettbewerbs zu verbessern, was de facto zu einer Angebotspolitik, d.h. einer unternehmerfreundlichen Wirtschaftspolitik führt.

Standortdebatte

Aktuelle Diskussion in D, bei der es um die Frage geht, inwieweit z.B. hohe Steuern und Sozialabgaben Unternehmen daran hindert, in D zu investieren bzw. deutsche Unternehmen dazu veranlassen, ihre Produktion in das (vermeintlich) kostengünstigere Ausland zu verlagern. Ein weiterer Gedankengang beschäftigt sich mit der Problematik billiger EG-Arbeitskräfte, die in D zu den niedrigeren Löhnen ihrer Heimatländer arbeiten und so deutsche Arbeiter, die nach deutschen Tarif bezahlt werden, verdrängen (Baugewerbe).

Lohnnebenkosten

Kosten, die ein Arbeitgeber aufgrund der Beschäftigung eines Arbeitnehmers neben dem Bruttolohn hat. Hierzu zählen die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, Unfallversicherungsbeitrag, soziale Leistungen wie Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, Beihilfen, Kantine, sanitäre Einrichtungen, Urlaubsgewährung, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall usw. Die Lohnnebenkosten betragen in D je nach Wirtschaftsbereich zwischen

ca. 80% und 110% des Bruttolohnes; d.h. bei einem Bruttolohn von DM 4.000,-, den der Arbeitnehmer auf seinem Gehaltsstreifen liest, sind dem Arbeitgeber nach dieser Rechnung insgesamt ca DM 8.000,- an Kosten entstanden.

Flexibilisierung

Damit ist gemeint, die Arbeitszeit nicht nach einem starren Schema auszurichten, sondern sie den Bedürfnissen der Unternehmung anzupassen. Denkbar sind Monats-, Jahres- oder sogar Lebensarbeitszeitkonten. Dadurch können z.B. Überstundenzuschläge usw. eingespart werden, ferner ist eine bessere und damit effektivere Maschinenauslastung erreichbar.

Outsourcing

Auslagerung einzelner Betriebsteile eines Unternehmens in ein separates Unternehmen, das dann als quasi Fremdanbieter dem Mutterunternehmen, aber auch anderen Unternehmen seine Leistungen anbietet. Da dieses „outgesourct“ Unternehmen selbst profitabel arbeiten muß, entstehen so Kosteneinsparungszwänge, die insbesondere durch den Einsatz weniger Mitarbeiter erreicht werden können (Bsp.: Die Forschungs- und Entwicklungsabteilungen des Konzerns HOECHST werden weltweit in einer separaten Unternehmung zusammengefaßt).

Shareholder value

Unternehmenspolitik, bei der die Interessen der Aktionäre als Kapitalgeber auf höhere Dividenden und Kursgewinne im Mittelpunkt stehen. Zur Zielerreichung sind ein höheres Wachstum des Unternehmens sowie ein perma-

nent steigender Gewinn erforderlich. Die Interessen der Arbeitnehmer treten dementsprechend in den Hintergrund. Unternehmerseits wird diese Politik mit der internationalen Verflechtung der Kapitalmärkte begründet, wodurch es für Unternehmen, die in ihren Ergebnissen im internationalen Vergleich schlechter abschneiden, schwerer wird, neues Kapital zu günstigen Konditionen zu beschaffen, unabhängig davon, ob es sich um Fremdkapital (Kredite) oder Eigenkapital (neue Aktien) handelt.

Deregulierung

(s. auch *Neoliberalismus*) Forderung insbesondere von Unternehmerseite, gesetzliche Beschränkungen z.B. des Wettbewerbs, der Unternehmerbegründung, der Rechte von Arbeitnehmern (z.B. Kündigungsschutz) usw. aufzuheben, um dadurch den „Standort Deutschland“ profitabler zu machen.

Globalisierung

Schlagwort, mit dem das „Kleinerwerden“ der Welt beschrieben wird. Durch weltweiten Datenfluß (Internet, Intranet) ist eine weltweite Produktion und ein weltweiter Absatz möglich, d.h. ein Unternehmen ist nicht mehr von seinem ursprünglichen Heimatland abhängig, sondern kann die Produktionsstätten auf alle Länder der Welt verteilen und wird sich dabei vor allem von Kosten Gesichtspunkten leiten lassen. Ebenso können Gewinne weltweit durch Tochterfirmen in die Länder umgeschichtet werden, in denen das Unternehmen Steuervorteile genießt.

Hans-Jörg Schumann

Die Standortdebatte

Argumente und Gegenargumente*

1. „Der Standort Deutschland ist in Gefahr – der Kuchen wird immer kleiner – wir drohen zu verarmen.“

* Um der Lesbarkeit willen ist auf genaue Zitate verzichtet worden. Die statistischen Angaben sind in der Literatur – überwiegend bei Martin/Schumann, Die Globalisierungstafel – schnell auffindbar. Die Zahlen sind z.T. durch die Daten des Bundesamtl für Statistik auf den neuesten Stand gebracht.

Gegenargumente:

- Das Bruttosozialprodukt ist mit Ausnahme des Jahres 1993 in jedem Jahr gestiegen. 1995 um 1,8 %. Der Kuchen wird immer noch größer.
- Das Volkseinkommen je Einwohner ist 1995 um 4,4 % auf 32.043 DM, das je Erwerbstätigen um 5,0 % auf 75.095 DM gestiegen.

2. „Der Standort Deutschland ist gefährdet, weil die steuerliche Belastung der Unternehmen zu hoch ist.“

Gegenargumente:

- Siemens zahlte 1995 keine Steuern mehr in Deutschland.